

# PLENUM 2021



## In dieser Ausgabe:

### THEMA DER WOCHE:

Historischer Erfolg für Olaf Scholz

### GABRIELA HEINRICH:

Die Bundesnotbremse fällt, die Kurzarbeit bleibt gefördert

### CARSTEN TRÄGER:

Ein historischer Schritt gegen Ausbeutung

### MARTINA STAMM-FIBICH:

Mehr Lohn für Pflegekräfte

## Historischer Erfolg für Finanzminister Olaf Scholz

G7-Länder einigen sich auf eine globale Mindeststeuer in Höhe von 15 Prozent. Beharrlichkeit von Scholz zahlt sich aus.

**Die G7-Finanzminister haben eine Mindeststeuer für multinationale Unternehmen beschlossen. Auch die großen Digitalkonzerne wie Amazon, Google, Facebook und Co. sollen künftig besser herangezogen werden. Das ist ein ganz großer Erfolg für unseren Finanzminister Olaf Scholz.**

Unternehmen müssen normalerweise in dem Land Steuern zahlen, in dem sie ihren Unternehmenssitz haben. So gibt es das internationale Steuerrecht vor. Das Problem ist: Steueroasen haben sich in den letzten Jahren hinsichtlich der Steuersätze unterboten, um die Wirtschafts-Giganten anzulocken (darunter Irland, die Kanalinseln oder die Bahamas). Gewinne werden verschoben, und zwar dorthin wo es die niedrigsten Steuersätze gibt.

Bei Digitalkonzernen wie Facebook, Google oder Amazon kommt hinzu: Sie speisen Software oder Daten global ein. Von wo sie das allerdings tun, können sie sich letztlich aussuchen. Und sie wählen dann natürlich vor allem solche Länder, in denen sie wenig Steuern zahlen müssen. Das soll sich jetzt ebenfalls ändern, mit anteiligen Steuerpflichten in den Ländern, in denen Gewinne erwirtschaftet werden.

Mit einem US-Präsidenten Donald



**Schon seit Jahren am Thema dran: Finanzminister Olaf Scholz war eine der treibenden Kräfte bei der Umsetzung der globalen Mindeststeuer. F: Simone M. Neumann/Deutscher Bundestag**

Trump war keine Einigung für die globale Mindeststeuer in Sicht gewesen, für die Deutschland und Frankreich mit Olaf Scholz in erster Reihe seit Jahren kämpfen. Trump ist zum Glück Geschichte. Und jetzt haben sich die Finanzminister der G7 auf eine weltweite Steuerreform geeinigt – mit der globalen Mindeststeuer in Höhe von 15 Prozent. Wir hätten uns zwar mehr vorstellen können. Angesichts aktuell oft einseitiger Steuersätze in Niedrigsteuerländern sind die nun vereinbarten mindestens 15 Prozent aber ein großer Fortschritt. Vor allem haben sie eine Chance, als erster Schritt real

umgesetzt zu werden und eine Mehrheit zu finden.

Der Deutschlandfunk sprach von einem historischen Ergebnis für Olaf Scholz. Seine Beharrlichkeit sei es gewesen, die über Jahre das Projekt gegen alle zwischenzeitlichen Widerstände aus Washington mit vorangerieben hat. Noch vor kurzer Zeit hätte wohl niemand für möglich gehalten, dass die sieben größten Industrienationen sich darauf einigen. Die nächste Etappe ist es, auch die G20 von der 15-Prozent-Mindestbesteuerung zu überzeugen!



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ [gabriela.heinrich@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 758 44

🌐 [www.gabriela-heinrich.de](http://www.gabriela-heinrich.de)

📘 [facebook.com/heinrichgabriela](https://facebook.com/heinrichgabriela)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Die Bundesnotbremse fällt, die Kurzarbeit bleibt gefördert

Und ein paar persönliche Eindrücke zu vielen Zuschriften in der Pandemie.

**Bundestag und Bundesrat hatten im April die sogenannte Bundesnotbremse beschlossen (bundesweit einheitliche Corona-Schutzmaßnahmen ab einer Sieben-Tage-Inzidenz von 100).**

Daraufhin bekam ich viele, viele Zuschriften. Einige Absender\_innen vergriffen sich deutlich im Ton. Andere Mails fußten auf im Netz aufgeschnappten Fakenews. Aber aus den meisten Mails konnte ich Ängste herauslesen, dass wir die Demokratie und den Föderalismus in Deutschland zu Grabe tragen.

Ich beantworte jede nicht-anonyme Mail aus Nürnberg. In den Antworten habe ich versucht, Gründe und Wirkung der Bundesnotbremse zu skizzieren und falsche Behauptungen geradzurücken. Da sich die Länder hinsichtlich der Schutzmaßnahmen

nicht mehr einigen konnten oder wollten, brauchten wir eine solche Regelung. Und diese stärkte eher das Parlament als die Regierung. In erneuten Antworten seitens der Bürgerinnen und Bürger las ich oft Verständnis. Aber gerade Leute, die den „Querdenkern“ nahestehen, glaubten mir kein Wort. Und das nur am Rande: Wenn mir jemand von vornherein gar keinen Glauben schenken will, verstehe ich nicht ganz, warum mir dieser jemand überhaupt schreibt.

Wie dem auch sei, jedenfalls endet die Bundesnotbremse – allen Verschwörungstheorien zum Trotz – jetzt am 30. Juni. Sie war von Anfang an befristet. Sie hat ihren Beitrag zu den erfreulicherweise sinkenden Corona-Zahlen geleistet. Ich hoffe sehr, dass das jetzt auch alle diejenigen mitbekommen, die die Notbremse mit einem Ermächtigungsgesetz verglichen haben.

Allerdings sind die Zahlen nicht so niedrig, dass wir ganz zur Normalität zurückkehren können. Die verhängte „epidemische Notlage“ muss bis zum 30. September verlängert werden. Und auch die Wirtschaft leidet noch unter Einschränkungen. Damit das keine Arbeitsplätze kostet, sollen die vereinfachten Zugangsregeln zur Kurzarbeit um drei Monate verlängert werden. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat das ins Bundeskabinett eingebracht.

Das Impftempo hat deutlich angezogen, das bessere Wetter trägt auch zu weniger Ansteckungen bei, indem die Menschen sich jetzt wieder mehr draußen treffen können. Die Einschränkungen verschwinden leider noch nicht ganz. Aber ich finde wirklich, dass das Ziel, die Pandemie hinter uns zu lassen, in greifbare Nähe gerückt ist.

## Frauenrechte – jetzt und in Zukunft

War das herrlich am Sonntag im Erlanger E-Werk! Eine richtige Veranstaltung, nicht nur Videobildchen. Mit Musik und draußen. Zusammen mit meiner lieben Kollegin Martina Stamm-Fibich, die das alles top gemacht hat.

Das Thema allerdings war wichtig, aber weniger schön: Die Errungenschaften bei den Frauenrechten sind

gefährdet. Die Türkei verlässt die Istanbul-Konvention. Auch Corona leistet weltweit einen negativen Beitrag. International sind 75% der Pflegenden (Kranken- und Altenpflege) Frauen. Auch in Deutschland ist nicht alles so, wie wir es uns wünschen. Auch hier sind meist die Frauen für die Care-Arbeit zuständig. Die Pandemie macht noch mehr Probleme sichtbar, die es schon vorher gab. Häusliche

Gewalt etwa. Und in den systemrelevanten Berufen sind es mit 85 % vor allem Frauen, die kündigten oder ihre Arbeitszeit reduzierten.

Wir sind dabei, was zu ändern. Die SPD war die treibende Kraft in der GroKo, mehr für Frauen zu tun. Beispiele hierfür sind die Elterngeldreform, das Gute-Kita-Gesetz, das Starke-Familien-Gesetz. Mehr Reformen müssen folgen.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ [carsten.traeger@bundestag.de](mailto:carsten.traeger@bundestag.de)

☎ 030 - 227 778 01

🌐 [www.carsten-traeger.de](http://www.carsten-traeger.de)

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://facebook.com/carstentraegermdb)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Ein historischer Schritt gegen Ausbeutung

Dank des Lieferkettengesetzes müssen große in Deutschland ansässige Unternehmen künftig prüfen, ob entlang ihrer Wertschöpfungsketten gegen Menschenrechte verstoßen wird – und wirksam für Prävention und Abhilfe sorgen.

Die Arbeitsbedingungen, die wir in Deutschland gewohnt sind, sind weltweit nicht die Regel. So ist zum Beispiel Kinderarbeit weiterhin ein großes Problem: 160 Millionen Mädchen und Jungen müssen nach aktueller Schätzung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF Kinderarbeit leisten. Fast die Hälfte der arbeitenden Kinder – 79 Millionen! – leidet unter Arbeitsbedingungen, die gefährlich oder ausbeuterisch sind.

Zum Beispiel in Goldminen in Burkina Faso, auf indischen Baumwollfeldern, Kakaopflanzungen in der Elfenbeinküste oder lateinamerikanischen Farmen. Wiederum etwas mehr als die Hälfte von ihnen ist nicht einmal 12 Jahre alt. Für UNICEF ist klar: Um ausbeuterische Kinderarbeit nachhaltig bekämpfen zu können, tragen internationale Unternehmen eine entscheidende Verantwortung – indem sie dafür sorgen, dass in der gesamten globalen Lieferkette keine Kinderarbeit vorkommt.

Damit große deutsche Unternehmen dieser Verantwortung nun nachkommen, haben wir gegen anhaltenden und harten Widerstand der Union das Lieferkettengesetz durchgesetzt. Angesichts der Zahlen etwa zur Kinderarbeit völlig unnachvollziehbar wollten

große Teile der CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Gesetz bis zuletzt blockieren oder so weichspülen, dass es keinerlei Wirkung hätte haben können.

Aber wir haben nicht lockergelassen und auf ein Gesetz mit klaren Regeln bestanden – auch aus Fairness gegenüber jenen Unternehmen, die Menschenrechte schützen. Künftig

gen die Sorgfaltspflicht verstößt, muss mit hohen Bußgeldern rechnen. Bei großen Unternehmen können diese mehrere Millionen Euro betragen und einen Ausschluss von öffentlichen Aufträgen zur Folge haben. Auch ausländische Unternehmen mit Niederlassung in Deutschland sind vom Gesetz erfasst. Betriebsräte sind beim Sorgfaltspflichtenmanagement mit einzubeziehen.



müssen in Deutschland ansässige Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten prüfen, ob entlang ihrer Wertschöpfungsketten gegen Menschenrechte verstoßen wird – und wirksame Schritte zur Prävention und Abhilfe ergreifen. Für das Jahr 2023 gibt es eine Übergangsphase, bei der zunächst nur Unternehmen mit 3.000 Beschäftigten erfasst werden. Wer ge-

Das Lieferkettengesetz, das wir letzte Woche im Bundestag verabschiedet haben, ist ein historischer Schritt im Kampf gegen Ausbeutung, Kinderarbeit und Hungerlöhne. Nun muss es darum gehen, ähnliche Regeln auf europäischer Ebene zu verabschieden – damit der Schutz von Menschenrechten und Umwelt weltweit zum Standard wird.





Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ [martina.stamm-fibich@bundestag.de](mailto:martina.stamm-fibich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 774 22

🌐 [www.stamm-fibich.de](http://www.stamm-fibich.de)

📘 [facebook.com/martina.stammfibich](https://www.facebook.com/martina.stammfibich)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

## Petitionen in der Pandemie wichtiger denn je

Auch in 2020 setzte sich der Trend fort: immer mehr Menschen legen Petitionen ein, unterzeichnen und kommentieren. Das galt pandemiebedingt verstärkt für den Gesundheitsbereich (plus 43 Prozent).

Die Schwerpunkte: Corona-Prämien, Rettungsschirme, Triage, Schutzmasken und Impfstoffe. Besonders freue ich mich über eine erfolgreiche Petition aus Hochtstadt, die eine Benachteiligung von Ehrenamtlichen beim Elterngeld beendet hat.



## Mehr Lohn für Pflegekräfte

Auch Pflegebedürftige profitieren vom GVWG mit höheren Zulagen.

Mit der Verabschiedung des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes (GVWG) hat die SPD wichtige Verbesserungen zur Stärkung der Beschäftigten in der Pflege erreicht. Zudem werden Pflegebedürftige und Familien entlastet.

Ab September 2022 werden Pflegeeinrichtungen nur noch dann mit der Pflegeversicherung abrechnen können, wenn sie ihre Beschäftigten mindestens in der Höhe eines Pflege-Tarifvertrags bezahlen. Dadurch werden über eine halbe Million Pflegekräfte bald endlich besser verdienen. Die Hartnäckigkeit der SPD hat sich ausgezahlt: Nur durch den Druck,

den Olaf Scholz und Hubertus Heil nach dem Scheitern eines allgemeinverbindlichen Tarifvertrages mit ihrem Vorschlag für ein Pflege-Tarifreue-Gesetz aufgebaut haben, konnte dieser Erfolg erreicht werden.

Außerdem werden Leistungen für Pflegebedürftige erhöht. Im stationären Bereich werden die pflegebedingten Eigenanteile gesenkt. Und dies umso mehr, je länger man in einem Heim wohnt: Im ersten Jahr werden 5 Prozent, nach 12 Monaten 25 Prozent und nach 24 Monaten 45 Prozent übernommen. Nach drei Jahren beträgt die Entlastung an den pflegebedingten Eigenanteilen dann

70 Prozent, im Durchschnitt sind das über 600 Euro pro Monat. Von dieser höchsten Entlastungsstufe wird direkt bei Inkrafttreten am 1.1.2022 etwa jeder dritte Heimbewohner profitieren.

Mit der Reform wird zudem ein neuer Anspruch auf eine bis zu 10-tägige Übergangspflege im Krankenhaus geschaffen. Ein weiterer Schwerpunkt der Reform ist die Umsetzung eines bundeseinheitlichen Personalschlüssels. Neben der Bezahlung müssen vor allem auch die Arbeitsbedingungen in der Pflege spürbar verbessert werden. Die neue Regelung sorgt für mehr Personal und entlastet so die Beschäftigten.